



Bundesverband e.V.

Wahlprüfsteine der AWO zur Bundestagswahl 2021

Antworten von Bündnis 90/Die Grünen, CDU/CSU,
DIE LINKE, FDP und SPD

Stand: September 2021

Impressum

AWO Bundesverband e. V.
Blücherstr. 62/63
10961 Berlin
Telefon: (+49) 30 – 263 09 – 0
Telefax: (+49) 30 – 263 09 – 325 99
E-Mail: info@awo.org
Internet: awo.org

Verantwortlich: apl. Prof. Dr. jur. habil Jens M. Schubert, Vorsitzender des Vorstands
Redaktion: Paula Wenning und Valentin Persau
Layout/Satz: textsalz – Linda Kutzki

© AWO Bundesverband e. V., Berlin. Das Copyright für Texte und Bilder liegt, soweit nicht anders vermerkt, beim AWO Bundesverband e. V.

Abdruck, auch in Auszügen, nur mit ausdrücklicher vorheriger Zustimmung des AWO Bundesverband e. V.

Alle Rechte vorbehalten.

September 2021

Inhalt

Vorwort.....	4
I Bedeutung der Freien Wohlfahrt	5
II Gesundheit und Pflege	7
III Kinder, Jugend, Familie, Frauen	9
IV Flucht, Migration und Kampf gegen Rassismus	11
V Nachhaltigkeit	14
VI Soziales	17
VII Europa.....	19
VIII Engagement und Ehrenamt	21

Vorwort

Liebe Leser*innen,

am 26. September 2021 wird ein neuer Bundestag gewählt. Das Ergebnis wird in zentralen sozialen Fragen Weichen stellen, denn gerade diese Wahl ist auch eine Wahl über die soziale Ausrichtung Deutschlands. Die Arbeiterwohlfahrt hat deshalb den demokratischen Fraktionen im Bundestag „auf den Zahn gefühlt“: Sie alle haben unsere Wahlprüfsteine bekommen und beantwortet. So möchten wir Mitglieder, Engagierte und Interessierte unterstützen, sich ein Bild von den sozial- und gesellschaftspolitischen Positionen der demokratischen Parteien zu machen. Denn: Umfangreiche Informationen sind die Basis für einen gelungenen demokratischen Diskurs.

Die Antworten der Parteien auf die jeweiligen Fragen haben wir zur wertungsfreien Darstellung alphabetisch nach Parteinamen sortiert.

Vielfältige weitere Informationen und Aktionen zur Bundestagswahl finden Sie unter <https://www.awo.org/bundestagswahl-2021>.

Die AWO möchte aber nicht nur informieren, sondern bringt sich auch aktiv in den Bundestagswahlkampf ein. Wir wollen mitgestalten – für eine gerechte Gesellschaft und im Interesse derjenigen Menschen, deren Stimmen und Belange nicht ohne Weiteres ausreichend Gewicht im politischen Prozess haben. Deswegen haben wir als AWO konkrete Forderungen gestellt. Sie sind in unserem Positionspapier **Zukunft. Gerecht. Gestalten.** zur Bundestagswahl zusammengefasst. Wir brauchen einen starken Sozialstaat auch nach und mit Corona, die Geschlechterverhältnisse dürfen sich nicht zurückentwickeln und wir müssen unsere Demokratie gegen rechts verteidigen. Vor allem aber müssen wir Maßnahmen gegen die Klimakrise ergreifen und dafür sorgen, dass die Kosten dafür von den stärksten Schultern getragen werden.

Als Spitzenverband der Freien Wohlfahrtspflege werden wir uns – natürlich – auch nach der Wahl gegenüber dem neuen Bundestag für einen starken Sozialstaat und gute Rahmenbedingungen für die Einrichtungen und Dienste der Freien Wohlfahrtspflege einsetzen. Damit wir auch künftig unserer Verantwortung für die Menschen gerecht werden können.

Zu guter Letzt möchte ich Sie noch ganz persönlich um etwas bitten. Gehen Sie am 26. September wählen. Lassen Sie ihre Stimme zählen. Nur so können wir Zukunft. Gerecht. Gestalten.

Berlin, im September 2021



Jens M. Schubert

Vorstandsvorsitzender AWO Bundesverband e.V.

Wahlprüfsteine im Detail

I Bedeutung der Freien Wohlfahrt

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine tragende Säule im deutschen Wohlfahrtssystem. Mit ihren vielfältigen und qualitativ hochwertigen Angeboten, Diensten und Einrichtungen werden Millionen Menschen erreicht, soziales Miteinander gelebt und der gesellschaftliche Zusammenhalt gestärkt. Jedoch steht die Freie Wohlfahrtspflege finanziell unter Druck und

setzt sich in vielen Bereichen für eine verlässliche finanzielle Ausstattung und Verstärkung ihrer Angebote ein. Die Corona-Pandemie hat deutlich gezeigt, dass die Freie Wohlfahrtspflege systemrelevant ist. Um die Folgen der Pandemie bewältigen und auch weiterhin für die Menschen da zu sein, muss die Freie Wohlfahrtspflege auf stabilen Beinen stehen.

? Welche Bedeutung hat die Freie Wohlfahrtspflege für ihr Sozialstaatsverständnis und welche konkreten Schritte zur Stärkung des Subsidiaritätsprinzips schlägt ihre Partei vor?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Die Freie Wohlfahrtspflege ist ein wesentlicher Pfeiler unseres Sozialstaats. Wir GRÜNE wollen die Verbände der freien Wohlfahrtspflege weiterhin in unsere politische Arbeit einbinden und einen engen Austausch über Notwendigkeiten und Weiterentwicklungsmöglichkeiten der sozialen Infrastruktur pflegen.

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU begrüßen und unterstützen die Arbeit der Freien Wohlfahrtspflege. Sie sind eine wichtige Säule unseres Gemeinwesens. Wir setzen uns daher für eine Stärkung des Subsidiaritätsprinzips, Entbürokratisierung und gute steuerliche Rahmenbedingungen ein. Die vor uns liegenden Herausforderungen brauchen einen starken gesellschaftlichen Zusammenhalt. Er erwächst aus sozialen Beziehungen, einer positiven Verbundenheit der Menschen mit dem Gemeinwesen und einer ausgeprägten Gemeinwohlorientierung. Wir haben den Anspruch, eine aktive Bürgergesellschaft zu gestalten, in der sich jeder Einzelne für seine Mitmenschen einsetzen kann und dadurch Verantwortung übernimmt.

Antwort von DIE LINKE.

Die Freie Wohlfahrtspflege bleibt für DIE LINKE neben den öffentlichen Trägern eine entscheidende Säule des Sozialstaats. Allerdings zwingt die fortschreitende Ökonomisierung der Daseinsvorsorge die Freie Wohlfahrtspflege in einen wertezerstörenden Kostenwettbewerb mit privaten Anbietern, was die Subsidiarität als soziales Gestaltungsprinzip gefährdet. DIE LINKE will dagegen die Kommunen stärken, um gleichberechtigte Teilhabe konkret vor Ort auszugestalten. Bund und Länder müssen dafür durch eine soziale Steuerpolitik die Rahmenbedingungen finanzieren. Öffentliche Investitionen finanzieren wir auch durch eine Vermögenssteuer. Gegen die Privatisierung der Daseinsvorsorge setzen wir einen Rekommunalisierungsfonds des Bundes und mehr kommunale Selbstverwaltung. DIE LINKE tritt für eine Reform der Gewerbesteuer in eine Gemeindefinanzsteuer und die Umsetzung von Konnexität ein (= Aufgaben, die vom Bund festgelegt werden, müssen auch vom Bund finanziert werden), damit die Kommunen wieder auf verlässliche finanzielle Füße kommen. Wir stärken bürgerschaftliches Engagement und weiten die rechtlich als gemeinnützig anerkannten Zwecke aus, z. B. als ein Zweck „soziale Gerechtigkeit“.

Antwort der FDP

Die Freie Wohlfahrtspflege ist eine unverzichtbare Säule unseres Sozialsystems. Die Verbände der Freien Wohlfahrtspflege sind in unserer Gesellschaft Vorbilder, nicht nur in dem was sie tun, sondern auch in der Art, wie sie es tun. Sie tragen damit ganz wesentlich zum sozialen Zusammenhalt unserer Gesellschaft bei.

Subsidiarität ist ein grundlegendes Prinzip unseres sozialen Sicherungssystems und ein wesentliches Qualitätsmerkmal. Hierdurch werden passgenaue und bedarfsgerechte Hilfen für Menschen mit Unterstützungsbedarf ermöglicht. Darüber hinaus fördert das Subsidiaritätsprinzip das ehrenamtliche Engagement und damit die Verankerung sozialer Verantwortung in der Gesellschaft.

Antwort der SPD

Die freie Wohlfahrtspflege ist eine nicht wegzudenkende Säule des deutschen Sozialstaates und entscheidend bei der Erbringung vieler sozialer und pflegerischer Dienstleistungen. Die Erfahrung der letzten Jahre zeigt, dass sich der Markt in diesem Bereich nicht korrigiert, zahlreiche Missstände und Fehlanreize aufgrund der Privatisierung wurden sichtbar. Deswegen setzen wir auf die Stärkung der öffentlichen Daseinsvorsorge und wollen mehr Anreize für Gemeinnützigkeit und Qualitätswettbewerb im Bereich der sozialen und pflegerischen Dienstleistungen schaffen.

II Gesundheit und Pflege

In der aktuellen Legislaturperiode ist die notwendige umfassende Pflegereform ausgeblieben. Einzelne Änderungen am bestehenden Pflegeversicherungssystem, wie etwa ein relativer Zuschuss zu den pflegebedingten Kosten in der stationären Pflege, reichen nicht hin, um die Systemdefizite und Ungerechtigkeiten zu

heilen. Es braucht nach wie vor eine tiefgreifende Strukturreform der Pflegeversicherung, welche die Bedingungen für Pflegebedürftige, pflegende An- und Zugehörige und professionell Pflegende verbessert und dabei die Pflege auf eine breite und zukunftsfeste Finanzierungsbasis stellt.

? Welches Reformmodell schlagen Sie vor, um der finanziellen Belastung von Pflegebedürftigen zu begegnen, die Attraktivität des Pflegeberufes zu steigern (bspw. durch flächendeckende Tarifverträge) und die Finanzierung von Pflege solidarisch und zukunftsfest auszugestalten?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Mit der doppelten Pflegegarantie wollen wir GRÜNE die Eigenanteile senken und dauerhaft deckeln. So garantieren wir, dass selbst aufzubringende Kosten verlässlich planbar werden. Die Pflegeversicherung soll alle darüber hinausgehenden Kosten für eine bedarfsgerechte Pflege tragen. Eine solidarische Pflege-Bürger*innenversicherung sorgt dafür, dass sich alle mit einkommensabhängigen Beiträgen an der Finanzierung des Pflegerisikos beteiligen. Bedarfsgerechte Personalbemessung, bessere Vereinbarkeit von Beruf und Familie, gute Löhne über gute Tarifverträge, mehr eigenverantwortliches Arbeiten von Fachkräften und Abbau unnötiger Bürokratie – damit wollen wir Arbeitsbedingungen schaffen, unter denen viele Menschen – ganz neu, weiter oder wieder – gerne in der Pflege arbeiten. Ausbildung, Selbstorganisation und Einflussmöglichkeiten der professionellen Pflege und ihrer Strukturen auf Bundesebene sollen gestärkt werden, durch eine Bundespflegekammer und starke Mitspracherechte in Entscheidungsgremien.

Antwort der CDU/CSU

Die von der Union eingeführte Pflegeversicherung hat sich bewährt und wird auch in Zukunft von uns stetig weiterentwickelt, um einen verlässlichen Beitrag zur Absicherung des Pflegerisikos und eine hohe Betreuungs-

und Pflegequalität zu gewährleisten. Mit der von CDU und CSU im Gesundheitsversorgungswelterentwicklungsgesetz beschlossenen Begrenzung der Eigenanteile für Bewohner von Pflegeheimen sorgen wir für eine Entlastung. Angesichts steigender Zahlen alter und pflegebedürftiger Menschen in unserer Gesellschaft bedarf es eines solidarischen Miteinanders. Deshalb haben wir beispielsweise die Bezahlung von Pflegekräften verbessert. Wir wollen die Rahmenbedingungen in der Pflege weiter verbessern, indem wir diese als gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrnehmen. Sowohl für die Pflegebedürftigen als auch für das Pflegefachpersonal und pflegende Angehörige werden wir bessere Möglichkeiten für gut organisierte, leistungsfähige, berechenbare, zuverlässige und bedarfsgerechte Angebotsstrukturen schaffen.

Antwort von DIE LINKE.

DIE LINKE setzt sich für eine Solidarische Pflegevollversicherung ein. Alle hier lebenden Menschen zahlen Beiträge auf alle Einkommen, die Beitragsbemessungsgrenze wird schrittweise aufgehoben und die Private in die Soziale Pflegeversicherung integriert. Mit den Mehreinnahmen – das sind aktuell berechnet mehr als 16 Milliarden Euro jährlich – werden alle pflegebedingten Kosten von der Pflegeversicherung gedeckt. Die Eigenanteile der Pflegebedürftigen entfallen, die Leistungen werden angehoben und die Rentenansprüche für

pflegende Angehörige verbessert. Damit der Pflegeberuf für Beschäftigte attraktiv ist, brauchen wir bessere Arbeitsbedingungen und bessere Bezahlung. Wir setzen uns für einen allgemeinverbindlichen Flächentarifvertrag und eine bedarfsgerechte gesetzliche Personalbemessung ein. Pflegeeinrichtungen müssen gemeinnützig arbeiten. Der Pflegevorsorgefonds soll in einen Pflegepersonalfonds umgewandelt werden. Medizinische Behandlungspflege muss auch in stationären Pflegeeinrichtungen und Einrichtungen der Behindertenhilfe vollständig von der gesetzlichen Krankenversicherung getragen werden. Zusätzliche Pflegekräfte können so regulär beschäftigt und besser bezahlt werden.

Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns für eine nachhaltige, generationengerechte Finanzierung der Pflege ein. An der Pflegeversicherung als Teilleistung ist festzuhalten und sie ist zudem durch Kapitaldeckungselemente zu ergänzen. Wie auch bei der Rente wollen wir ein Drei-Säulen-Modell für die Pflege einführen – bestehend aus der sozialen Pflegeversicherung sowie aus privater und betrieblicher Vorsorge. Insbesondere der Ausbau von betrieblichen Modellen zur Pflegezusatzvorsorge ist zu unterstützen. Eigenverantwortung endet nicht bei der Pflegebedürftigkeit. Mit Blick auf den demographischen Wandel sowie die Entwicklung der Sozialabgaben ist es unvertretbar, die Pflegefinanzierung allein auf zukünftige Generationen abzuwälzen.

Wir fordern bessere Arbeitsbedingungen in der Pflege. Darum wollen wir von der Bildung über eine bedarfsgerechte Personalbemessung bis hin zu mehr Karrierechancen dafür sorgen, dass der Beruf wieder attraktiver wird. Nur so können wir den Personalmangel an seinem Ursprung angreifen und mehr Personal in die Versorgung bringen. Geben wir den Pflegenden wieder Zeit und Raum für ihre Arbeit.

Antwort der SPD

Wir werden eine solidarische Pflegevollversicherung einführen, die die Pflegekosten vollständig übernimmt. Die Pflege ist eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ihre Kosten sollen durch eine solidarische Vollversicherung abgesichert werden und nicht von wenigen Bedürftigen in Not getragen werden. Die Attraktivität des Pflegeberufs wollen wir durch die Verbesserung der Arbeitsbedingungen steigern. Wir setzen uns für einen allgemeinverbindlichen Tarifvertrag, eine bedarfsgerechte Personalbemessung und die stärkere Vereinbarkeit des Berufs mit der Familie ein, die durch Innovationen in der Arbeitszeitgestaltung ermöglicht wird. Zudem wollen wir mehr Durchlässigkeit und bessere Aufstiegschancen in den Pflegeberufen schaffen.

III Kinder, Jugend, Familie, Frauen

Die Verbesserung und Stärkung des Schutzes vor körperlicher, psychischer, digitaler und geschlechtsspezifischer Gewalt sind der AWO ein großes Anliegen. Um das zu erreichen bedarf es Strategien und Maßnahmen auf unterschiedlichen Ebenen, u. a. Aufklärung und Information so früh wie möglich, eine gut erreichbare Infrastruktur von Beratungs- und Hilfeangeboten sowie konkrete (gesetzliche) Regelungen zur Verhütung von Gewalt sowie deren Sanktionierung. Die Verankerung der Kinderrechte

im Grundgesetz, aber auch die Berücksichtigung von Beteiligungsformen von Kindern und Jugendlichen in einfachgesetzlichen Normen sowie Verordnungen, die konsequente Umsetzung der Istanbul-Konvention, ein Rechtsanspruch für Frauen auf Schutz und Hilfe sowie konkrete Maßnahmen vor Gefährdungen im digitalen Raum sind aus Sicht der AWO unerlässlich, um wirkungsvolle Prävention und verlässlichen Schutz gesellschaftlich zu stärken.

? Welche konkreten Maßnahmen wollen Sie ergreifen, um die Prävention und den Schutz vor Gewalt für die unterschiedlichen von Gewalt betroffenen bzw. bedrohten Gruppen zu verbessern, insbesondere bei Kindern und Jugendlichen, bei Beziehungsgewalt gegenüber Frauen und im digitalen Netz?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Für viele Kinder und Jugendliche ist psychische, körperliche, sexualisierte Gewalt und Vernachlässigung leidvoller Alltag. Dagegen gehen wir GRÜNE hart vor – u. a. mit starker Prävention, konsequenter Aufarbeitung und Strafverfolgung. Es braucht Aufklärung, Qualifizierung, altersgerechte Präventionsprogramme und gelebte Schutzkonzepte sowie die Kooperation aller Akteur*innen. Wir werden bundesweit spezialisierte Fachberatungsstellen systematisch ausbauen sowie telefonische und Online-Beratungsangebote finanziell absichern. Kinder und Jugendliche brauchen im Netz besonderen Schutz vor Straftaten wie Hassrede, Cybergrooming oder sexualisierter Gewalt. Mit einem Gesetz für digitalen Gewaltschutz wollen wir ein effektiveres Vorgehen gegen die Verbreitung von Hass und Hetze erreichen. Mit dem Rechtsanspruch auf Schutz vor geschlechtsspezifischer Gewalt werden wir über eine Geldleistung des Bundes Betroffene unabhängig von ihrem Einkommen absichern und so den Zugang zu Schutzeinrichtungen verbessern.

Antwort der CDU/CSU

Wenn Kinder und Jugendliche zu Opfern von Gewalt werden, brauchen sie unsere gemeinsame Hilfe. CDU und CSU wollen Einrichtungen für die Erstversorgung von Kindern deutschlandweit etablieren, die eine medizinische und psychologische Notfallversorgung mit der Aufnahme juristisch verwertbarer Befunde und gerichtsfesten Befragungen der Opfer kombinieren. Wir wollen über ein Bundesprogramm – wie bei Frauenhäusern – eine Anschubfinanzierung zum Beispiel für die Ausstattung gewähren. Mit dem Programm verbinden wir die aktuelle Justizreform zur Bekämpfung sexualisierter Gewalt gegen Kinder mit einer umfassenden Opfererstversorgung – auch für Opfer von nichtsexualisierter Gewalt.

Um Kinder und Jugendliche besser vor sexuellem Missbrauch und Gewalt zu schützen, brauchen wir eine groß angelegte Aufklärungs- und Sensibilisierungskampagne. Wir wollen, dass Kitas und Schulen zu zentralen Schutzorten vor sexueller Gewalt werden und verpflichtend sexualpädagogische Schutzkonzepte einführen. Es ist uns wichtig, dass Kinderschutz zum Pflichtfach für alle wird, die mit Kindern arbeiten.

Antwort von DIE LINKE.

Um Kinder und Jugendliche zu schützen wollen wir Kinderrechte stärken und Einrichtungen der Kinder- und Jugendhilfe ausreichend finanzieren. Wir fordern eine bedarfsdeckende personelle und sachliche Ausstattung von Jugendämtern, insbesondere auch mit psychologischem Personal sowie Mediator*innen. Auch die Finanzierung von Frauenhäusern und Fachberatungsstellen zu Gewalt gegen Frauen darf nicht länger eine freiwillige Leistung sein, sondern muss bundeseinheitlich finanziert werden. Staatliche Behörden wie Polizei, Gerichte und Ämter sowie medizinisches Personal müssen für geschlechtsspezifische Gewalt – auch in digitaler Form – sensibilisiert werden. Es müssen alternative(Erst-)Anlaufstellen zur Polizei in Form von Nichtregierungsorganisationen geschaffen und finanziert werden, an die sich Betroffene wenden können. Bei Fällen von Hass und Hetze auf digitalen Plattformen müssen die Meldewege und Widerspruchsmöglichkeiten einfacher werden und es muss erreichbare Ansprechpersonen der Anbieter geben.

Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten fordern, dass die Istanbul-Konvention zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häuslicher Gewalt schnell, umfassend und wirksam umgesetzt wird. Wir wollen Betroffenen anzeigeunabhängig, kostenlos und anonym die Spurensicherung bei sexueller oder sexualisierter Gewalt ermöglichen. Ansprechpartnerinnen und Ansprechpartner bei Polizei und Justiz müssen nach gemeinsamen Standards aus- und weitergebildet werden. Wir setzen uns für einen bedarfsgerechten Ausbau von Frauenhausplätzen, eine bundesweit einheitliche Finanzierung sowie ein nationales Online-Register ein.

Zudem fordern wir, der Bekämpfung von Gewalt im Internet Priorität einzuräumen. Ergänzend zu spezialisierten Kräften in Polizei und Justiz sowie Schwerpunktstaatsanwaltschaften sollen in allen Bundesländern elektronische Verfahren zur Stellung von Strafanzeigen, die auch anonyme Anzeigen sowie Anzeigen von Nichtregierungsorganisationen

zulassen, eingeführt werden und über Zentralstellen laufen. Um Straftaten insbesondere gegenüber Frauen besser zu bekämpfen und konkrete Handlungsbedarfe abzuleiten, müssen geschlechterspezifische digitale Straftaten in Kriminalitätsstatistiken aufgenommen werden. Wir wollen die Opfer von Gewalt im Internet und von Hasskriminalität in die Lage versetzen, sich zu wehren, indem sie einen Auskunftsanspruch gegen Plattformen und Internetprovider erhalten. Mit Medienbildung bei Kindern und Jugendlichen sowie Weiterbildungen und Schulungen für Polizei und Justiz möchten wir Betroffene besser unterstützen.

Antwort der SPD

Um Gewalt gegen Frauen wirksam zu bekämpfen, werden wir die rechtlichen Grundlagen für eine wirksame Strafverfolgung und die Zusammenarbeit aller Verantwortlichen verbessern. Entsprechend unserer Verpflichtungen aus der „Istanbul-Konvention“ werden wir das Hilfsystem aus Beratungsstellen, Frauenhäusern und anderen Schutzeinrichtungen weiterentwickeln und die internationalen Vereinbarungen zum Schutz vor Gewalt am Arbeitsplatz umsetzen. Für von Gewalt betroffene Frauen führen wir einen Rechtsanspruch auf Beratung und Schutz ein.

Wir werden Strafrecht und Prävention besser verbinden, um Kinder und Jugendliche wirksam zu schützen. Wir brauchen Schutzkonzepte unter anderem mit Kinderschutzbeauftragten für Kitas, Schulen, Jugendhilfe-Einrichtungen und Vereinen und werden diese durch vom Bund geförderte Pilotprojekte unterstützen. Darüber hinaus werden wir unabhängige Ombudsstellen einrichten. Schutzstandards für Kinder und Jugendliche müssen auch im digitalen Raum gelten, also auch beim Schutz vor sexueller Belästigung und Gewalt.

IV Flucht, Migration und Kampf gegen Rassismus

Deutschland ist ein Einwanderungsland. Für die Gestaltung einer offenen, pluralen und diversen Einwanderungsgesellschaft muss die Bundesregierung Verantwortung übernehmen. Die Konsequenz daraus ist, dass die neue Bundesregierung offensiv Maßnahmen zum Kampf

gegen Rassismus und zum Abbau diskriminierender Strukturen ins Leben ruft, damit Teilhabe und Teilnahme an gesellschaftlichen Ressourcen allen Menschen ermöglicht werden. Zugehörigkeit und Zusammenhalt im Gemeinwesen müssen dabei immer wieder neu gestärkt werden.

? Was plant Ihre Partei zur Gestaltung der Einwanderungsgesellschaft?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen ein modernes Einwanderungsgesetz schaffen, das neue Zugangswege für Bildungs- und Arbeitsmigration öffnet – auch für Menschen, die ihre Talente und Fähigkeiten nicht durch formale Bildungsabschlüsse nachweisen können. Das Verfahren soll transparent, unbürokratisch und fair sein und globale und regionale Notwendigkeiten berücksichtigen. Dafür führen wir auf Basis des jährlichen Arbeitskräftebedarfs eine punktebasierte Talentkarte ein. Wir wollen die Bildungsmigration über Stipendien und Ausbildungsvisa erleichtern, genauso wie die Voraussetzungen für eine unbefristete Aufenthaltserlaubnis und die Anerkennung von Berufsqualifikationen. Das Leitbild „Einheit in Vielfalt“ zur Gestaltung einer rassismuskritischen und chancengerechten Einwanderungsgesellschaft wollen wir gesetzlich verankern. Dazu gehört die Einführung eines Partizipationsrats, ähnlich dem Deutschen Ethikrat, als ein unabhängiges Gremium. Auch werden wir ein Bundespartizipations- und Teilhabegesetz vorlegen.

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU ist es wichtig, dass Bürgerinnen und Bürger mit Zuwanderungsgeschichte die gleichen Chancen haben wie alle anderen. Zuwanderung ist dann ein Gewinn und eine Chance für unser Land, wenn sie von gelungener Integration begleitet wird. Voraussetzung für eine gelingende Integration ist ein Bekenntnis zu Deutschlands grundlegenden Werten und Normen, seiner Verfassung, seinen Gesetzen, seinen Institutionen, seiner Geschichte, Sprache und Kultur. Wir wollen den Spracherwerb beschleunigen und setzen dabei vermehrt auf digitale, flexible und zielgruppenspezifische Angebote. Für eine gezielte Frühförderung halten wir eine flächendeckende Sprachstandserhebung bei Kindern und die Einführung einer verbindlichen Sprachförderung für notwendig. Durch gezielte digitale Angebote wollen wir Frauen und Mütter beim Spracherwerb unterstützen. Wir wollen daher die Anerkennung und Übertragbarkeit ausländischer Qualifikationen weiter fördern und ein besonderes Gewicht auf die Arbeitsmarktintegration legen. Mit einem befristeten Programm wollen wir Kenntnisse über Gründungsschritte, Kreditzugang und Zulassungsvoraussetzungen zielgerichtet vermitteln. Wir werben dafür, dass sich mehr junge Menschen mit Zuwanderungsgeschichte für eine berufliche Laufbahn im öffentlichen Dienst entscheiden.

Antwort von DIE LINKE.

Unser Ziel ist ein grundlegender Politikwechsel in Richtung einer solidarischen Einwanderungsgesellschaft mit gleichen Rechten für alle und deutlich mehr Investitionen in die öffentliche Infrastruktur und den sozialen Zusammenhalt. Wir setzen uns ein für eine bessere Ausstattung, bessere Arbeitsbedingungen und mehr Personal in Schulen, Kitas, Verwaltung, Jugend- und Kulturzentren. Wir brauchen zusätzliche Schulsozialarbeiter*innen und Lehrkräfte, die Deutsch als Zweitsprache unterrichten. Wir wollen das aktive und passive Wahlrecht auf allen Ebenen für alle langfristig in Deutschland lebenden Menschen mit Migrationsgeschichte, damit sie gleichberechtigt die Gesellschaft mitgestalten können. Wir wollen ein Partizipationsgesetz, um Menschen mit Rassismuserfahrung besser einzubeziehen und mehr in der Gesellschaft zu repräsentieren. Dazu gehören eine Quote, um den Anteil von Menschen mit Migrationsgeschichte in der öffentlichen Verwaltung entsprechend ihrem Anteil an der Bevölkerung zu erhöhen, und ein Partizipationsrat, der in wichtige Entscheidungen in Wirtschaft, Wissenschaft und Politik einbezogen wird. Alle hier geborenen Kinder und Jugendlichen, deren Eltern dauerhaft im Land wohnen, sollen die deutsche Staatsangehörigkeit erhalten ohne die Staatsbürgerschaft der Eltern ablegen zu müssen. Migrant*innen sollen nach fünf Jahren Aufenthalt in der Bundesrepublik einen Rechtsanspruch auf Einbürgerung haben.

Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten fordern ein integrationspolitisches Leitbild. Dieses umfasst das Grundgesetz mit seinem Grundrechtekatalog, ist religionsunabhängig und spiegelt die gesellschaftliche Vielfalt in Einheit wider. Es soll die Prinzipien Weltoffenheit, Toleranz und Eigenverantwortung als Grundlage der Integration betonen und aus der Geschichte der Bundesrepublik Deutschland heraus verstehbar machen. Sprach- und Integrationskurse müssen daher vom ersten Tag an flächendeckend und kostenlos angeboten, aber auch angenommen werden. Ziel der Integrationskurse muss es vor allem sein, den Respekt vor unserer Rechtsordnung und Demokratie zu vermitteln, insbesondere die Gleichheit von Frau und Mann, die Akzeptanz unterschiedlicher sexueller Orientierungen und geschlechtlicher Identitäten, sowie die Toleranz gegenüber allen Formen des Glaubens und des Nichtglaubens.

Wir wollen eine Integrationspolitik, die Vielfalt begrüßt und daher Einwanderinnen und Einwanderer einlädt, Teil unserer Gesellschaft zu werden, ihnen aber auch eine eigene Integrationsleistung abverlangt. Wir wollen die Chancen der Einwanderung für Deutschland nutzen, denn unser Land ist auf Einwanderung angewiesen. Integration ist der Schlüssel dafür, dass Einwanderinnen und Einwanderer zu einem Teil unserer Gesellschaft werden und zu ihrem Gelingen beitragen. Deshalb wollen wir Integration fördern: durch Angebote zum Erlernen unserer Sprache und unserer Gesellschaftsordnung, Integrationspaten nach kanadischem Vorbild sowie zusätzliche Integrationsmaßnahmen, die sich gezielt an Frauen, Kinder und Senioren, aber auch an besonders schutzbedürftige Personengruppen richten. Bürokratische Hürden beim Einwanderungs- und Integrationsprozess sowie bei der Arbeitsaufnahme, wie die Vorrangprüfung oder die Sperrfrist für Asylbewerber, müssen abgebaut und Partnerschaften mit Herkunftsländern geschlossen werden. Mit ausgewählten Partnerländern sind Anwerbestrategien vor Ort zu entwickeln, zum Beispiel mit Sprachkursen und Vorbereitungskursen auf das Leben in Deutschland.

Antwort der SPD

Deutschland ist bereits seit Jahrzehnten ein Einwanderungsland. Jeder vierte Mensch in Deutschland hat eine Einwanderungsgeschichte. Das bereichert unser Zusammenleben. Grundvoraussetzung für ein gemeinsames Leben in einer guten Gesellschaft ist die Gewissheit, dass man dazugehört. Wir wollen ein neues „Wir“-Gefühl erreichen. Das kommt nicht von selbst, sondern muss durch eine moderne und weltoffene Gesellschaftspolitik erreicht werden.

Mit diesen Forderungen wollen wir dafür sorgen, dass das Einwanderungsland Deutschland auch eine Einwanderungsgesellschaft bekommt:

- Ein neues deutsches „Wir“ schaffen für ein stärkeres und wachsendes Zusammengehörigkeitsgefühl
- Antirassismus, Demokratieförderung und Engagement gegen Antisemitismus als explizite Staatsziele fixieren
- Begriff „Rasse“ aus dem Grundgesetz streichen (Art. 3 Abs. 3 GG) und durch eine unmissverständliche Formulierung ersetzen, die mindestens das gleiche Schutzniveau garantiert
- Eine(n) Unabhängige(n) Beauftragte(n) der Bundesregierung für Antirassismus berufen
- Modernisierung des Allgemeinen Gleichbehandlungsgesetzes (AGG)
- Diskriminierungsfreie Bildung, Ausbildungsplatzvergabe und Arbeitsmarktchancen
- Umfassende schulische und außerschulische Jugendsozialarbeit gewährleisten
- Mehr Geld für Sprachkurse, für Sozialarbeit in Dörfern und Quartieren, für die Bildungs- und Arbeitsmarktintegration
- Mehr Migrant*innen in wichtigen Positionen durch verpflichtende interkulturelle Öffnung des öffentlichen Dienstes
- Teilhabe organisieren durch ein Bundespartizipationsgesetz
- Für verlässliche Partizipations- und Teilhabechancen für Geflüchtete sorgen

V Nachhaltigkeit

Die kommende Legislaturperiode wird darüber entscheiden, ob Deutschland seine im Pariser Klimaabkommen und in der Agenda 2030 eingegangenen Verpflichtungen einhalten kann. Dabei müssen soziale und umweltpolitische

Fragen zusammen gedacht und ihre gegenseitigen Wechselwirkungen berücksichtigt werden. Die neue Bundesregierung muss für eine sozial-ökologische Transformation stehen, an der alle Menschen teilhaben können.

? Mit welchen Maßnahmen wird ihre Partei gewährleisten, dass Deutschland seine Klima- und Nachhaltigkeitsziele einhält und wie werden Sie dabei eine faire Verteilung der Lasten und damit Teilhabe sowie Akzeptanz für die Klima- und Nachhaltigkeitsziele gewährleisten?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Damit Klimaschutz sozial gerecht ist, wollen wir z. B. die Einnahmen aus dem CO₂-Preis direkt an die Bürger*innen in Form eines Energiegeldes pro Kopf zurückgeben. So werden Geringverdiener*innen und Familien entlastet, da diese meist einen kleinen CO₂-Fußabdruck haben. Bezieher*innen von Arbeitslosengeld II oder Sozialhilfe profitieren ebenfalls, da das Energiegeld nicht auf die Grundsicherung angerechnet wird. Um z. B. Pendler*innen mit niedrigem Einkommen beim Umstieg auf Bus und Bahn oder ein emissionsfreies Fahrzeug zu unterstützen, legen wir einen Fonds auf. Mit der Einführung eines Klimawohngeldes, wollen wir z. B. auch Empfänger*innen von Wohngeld schnell in klimafreundliche Wohnungen bringen. Die Kosten der CO₂-Bepreisung beim Heizen sollen nicht die Mieter*innen sondern die Hauseigentümer*innen tragen. Denn sie sind es, die in Klimaschutz investieren müssen. Mit solchen Maßnahmen wird klimafreundliches Verhalten belohnt und es findet ein sozialer Ausgleich statt.

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU wollen eine verbindliche Nachhaltigkeitsprüfung für alle Gesetze anhand der deutschen Nachhaltigkeitsstrategie für eine generationengerechte Politik verankern. Entsprechende Nachhaltigkeitsindikatoren bilden die wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Dimensionen unseres Lebens bestmöglich ab und schaffen eine verbesserte Gesetzesfolgenabschätzung für Deutschlands Zukunft.

Wir wollen mit gutem Beispiel vorangehen und so schnell wie möglich eine CO₂-neutrale Bundesverwaltung erreichen. Dabei muss die Verwendung von Ökostrom ebenso eine Rolle spielen wie die energetische Sanierung von Bundesgebäuden.

Investitionen in Klimatechnologien und Energieeffizienz zur CO₂-Reduktion sollen künftig steuerlich besser abgesetzt werden können. Im Rahmen einer Klimateffizienzreform wollen wir auf das Klimapaketaufbauen und energiebezogene Steuern, Umlagen und Entgelte stärker auf CO₂-Ausstoß ausrichten. Die Einnahmen aus dem Emissionshandel werden wir in vollem Umfang an die Bürgerinnen und Bürger und an die Betriebe durch Stromverbilligung zurückgeben, die wir durch die Abschaffung der EEG-Umlage ermöglichen.

Antwort von DIE LINKE.

1. Wir wollen Busse und Bahnen flächendeckend ausbauen, die Takte erhöhen und die Preise drastisch senken, damit Menschen nicht mehr aufs Auto angewiesen sind. Der Nahverkehr soll für Nutzer*innen schrittweise kostenlos werden. Kurzstreckenflüge und große Teile des Güterverkehrs müssen auf die Schiene.
2. Erneuerbare Energien sollen bis 2035 das System der fossilen Energien vollständig ersetzen. Die Förderung durch das Erneuerbare-Energien-Gesetz muss auch für Kleinbetreiber und Kommunen rentabel sein. Die großen Energiekonzerne müssen entmachtet und Energieversorgung am Gemeinwohl ausgerichtet werden. Strompreise müssen sozialer ausgestaltet und Strom- und Gassperren verboten werden. Energienetze sollen in öffentliche Hand.
3. Für einen klimaneutralen Gebäudebestand bis 2035 wollen wir die Sanierungsquote mindestens verdreifachen. Die Kosten dafür dürfen nicht auf die Mieter*innen abgewälzt werden. Vermieter*innen, die die Kosten einer energetischen Sanierung nicht tragen können, erhalten unter den Schirm der Wohnungsgemeinnützigkeit volle öffentliche Förderung der Sanierungskosten und verpflichten sich im Gegenzug zur gemeinnützigen Bewirtschaftung ihrer Wohnungen.
4. Die Bundesregierung soll zusammen mit den Belegschaften, den Gewerkschaften, Wissenschaft, Umwelt- und Sozialverbänden einen verbindlichen Zukunftsplan für die Industrie entwickeln, der für eine klimaneutrale Industrieproduktion bis 2035 sorgt und mit Arbeitsplatz- und Einkommensgarantien für die Beschäftigten verbunden ist. Die Industriekonzerne müssen verpflichtet werden, diesen Umbau in die Wege zu leiten und sind gemäß dem Grundgesetz auf das Gemeinwohl zu verpflichten.

5. Wir brauchen einen konsequent ökologischen und sozialen Umbau der Landwirtschaft mit einer Tierhaltung die wieder flächengebunden und auf die heimische Nachfrage bezogen ist. Fördergelder soll es nur noch für Betriebe geben, die Umwelt- und Sozialkriterien und den Tierschutz einhalten. Dazu wollen wir ein umfassendes Förder- und Weiterbildungsprogramm für Landwirt*innen entwickeln, das finanzielle Unterstützung leistet und Wissen für die sozialökologische Agrarwende schafft.

Antwort der FDP

Der Klimawandel ist eine der größten Herausforderungen unserer Zeit. Packen wir es richtig an, kann er aber auch zu einer unserer größten Chancen werden. Wir brauchen Forschung, Wissenschaft, Innovationen und die vielen klugen Ideen der Menschen. Neue Technologien führen dazu, Energie bezahlbar umwandeln und gleichzeitig das Klima schützen zu können. Auch bei der Lösung für komplexe Umweltprobleme setzen wir auf die Kreativität der Vielen und den Wettbewerb der besten Ideen.

Unser Hauptaugenmerk liegt dabei auf einem globalen, alle Wirtschaftsbereiche einschließenden Emissionshandel, mit dem die Gesamtheit aller nationalen Minderungsziele im Rahmen des Pariser Abkommens erreicht werden kann. Wir wollen die Schädigung der Weltmeere durch Vermüllung, Schadstoffemissionen und Übernutzung durch eine konsequente und globale Anwendung des Verursacherprinzips, geschlossene Rohstoffketten, innovative Verfahren zur Prävention und zur Beseitigung von Meeresverschmutzungen kontinuierlich reduzieren. Wir werden die natürliche CO₂-Bindung von Böden und Wäldern angemessen honorieren und die Artenvielfalt über den Ausbau sowie die Modernisierung des Vertragsnaturschutzes stärken. Dabei setzen wir auf einen regelbasierten Freihandel als effektiven Wohlstandsmotor und günstige Rahmenbedingungen für einen Wettbewerb nachhaltiger technologischer Innovationen. Wir wollen einen gesellschaftlichen Wandel hin zu einer Gleichstellung der Geschlechter und menschenwürdiger Arbeit für alle. Wir setzen auf inklusive, gleichberechtigte und hochwertige Bildung in Deutschland und weltweit.

Antwort der SPD

Klimaschutz ist für uns die große soziale Aufgabe dieses und der nächsten Jahrzehnte. Das funktioniert nur für alle oder gar nicht! Wir sehen den Umbau als gesamtgesellschaftliches Projekt, bei dem es vor allem auch um Verteilungs- und Gerechtigkeitsfragen geht. Wir sehen diejenigen, die vorneweg gehen, aber auch die, die verunsichert sind, ob sie mithalten können. Das haben wir im Blick: Bei uns ist Klimaschutz eine Gerechtigkeitsfrage. Wir machen Klimaschutz UND soziale Gerechtigkeit, unabhängig von Einkommen und Bildung.

Die SPD hat den Atomausstieg umgesetzt und den Ausstieg aus der Kohle für die Menschen in den betroffenen Revieren mit verlässlichen Zukunftspfaden angelegt. Herzstück unserer Klimapolitik ist das Klimaschutzgesetz. Das ist nicht irgendein Gesetz: Im Einklang mit dem Pariser Klimaschutzabkommen definiert es klare, gesetzlich verbindliche und verlässliche Ziele für Politik und Wirtschaft. Wir haben einen klimapolitischen Gesamtplan für unser Ziel der Klimaneutralität.

Allein auf ein Preissignal durch einen höheren CO₂-Preis zu setzen, ist falsch. Damit wird nicht nur der Einzelne überfordert, die Gesellschaft wird auch gespalten in diejenigen, die sich höhere Preise leisten können und in die, die sich das eben nicht leisten können. Der Staat muss hier eine führende Rolle für den Umbau übernehmen und diesen Umbau als gesamtgesellschaftliches Projekt steuern.

VI Soziales

Trotz einer guten wirtschaftlichen Entwicklungen und eines Beschäftigungshochs vor der Corona-Pandemie gelang es nicht, das weiterhin hohe Niveau der Armut und Ungleichheit abzubauen. Viele Menschen leben in verfestigten Armutslagen und sind dauerhaft von

der Arbeitswelt und ihrer sozial integrativen und identifikationsstiftenden Wirkung ausgeschlossen. Außerdem wächst jedes fünfte Kind in Armut auf und ist damit einem zentralen Entwicklungsrisiko ausgesetzt. Die soziale Ungleichheit ist hoch.

? Welche Konzepte hat Ihre Partei, um Kinderarmut abzubauen, benachteiligten Menschen den Erst- oder Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt zu ermöglichen und mit Armut einhergehende soziale Problemlagen, etwa in den Bereichen Wohnen, Gesundheit und Teilhabe umfassend und bedarfsgerecht zu bekämpfen?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Neben einem Ausbau der sozialen Infrastruktur wollen wir Familien mit der Kindergrundsicherung stärken. Den Wiedereinstieg in den Arbeitsmarkt wollen wir GRÜNE durch eine bessere Vermittlung und Beratung verbessern und die Aus- und Weiterbildungsinfrastruktur durch die Schaffung von Berufsbildungsagenturen reformieren. Gesellschaftliche Teilhabe wollen wir durch eine Weiterentwicklung der Grundsicherung zu einer Garantiesicherung erreichen, indem die Regelsätze angehoben, die Sanktionen abgeschafft, die Bedarfsgemeinschaft überwunden, die Vermögensprüfung durch eine Selbstauskunft ersetzt und die Hinzuverdienstmöglichkeiten verbessert werden. Die Gesetzliche Krankenversicherung und die gesetzliche Rentenversicherung wollen wir zu Bürger*innenversicherungen umbauen und die Zugänge zur Arbeitslosenversicherung erleichtern.

Antwort der CDU/CSU

CDU und CSU arbeiten dafür, dass wir eine Gesellschaft bleiben, die zusammenhält: Junge und Ältere, Starke und Schwächere. Unser christliches Menschenbild gibt uns hierfür den Kompass an die Hand: Wir sorgen dafür, dass jeder Mensch in unserem Land eine gute medizinische und pflegerische Versorgung erhält und dass jedem geholfen wird, der Hilfe braucht. Wir sorgen für eine verlässliche Rente und eine Offensive zur beruflichen Aus- und Weiterbildung in der Grundsicherung für Arbeitsuchende.

Wohnraum muss auch für Menschen mit geringem Einkommen bezahlbar sein. Wir werden deshalb den sozialen Wohnungsbau weiter fördern, mit den Ländern verhandeln, dass sie auf jeden Bundes-Euro mindestens einen Euro drauflegen und das Wohngeld ab 2022 regelmäßig anpassen.

Kinder sind immer im Zusammenhang mit ihren Eltern zu sehen. Deshalb ist eine Stärkung der Eltern und Familien das richtige Rezept gegen Kinderarmut. Wir haben das Kindergeld erhöht und den Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende gesteigert. Diesen Weg wollen wir weitergehen. So soll der Entlastungsbeitrag für Alleinerziehende auf 5.000 Euro steigen und wir wollen kleine und mittlere Einkommen gezielt entlasten.

Antwort von DIE LINKE.

Kinderarmut ist immer Einkommensarmut der Eltern. Deswegen wollen wir den Mindestlohn auf 13 Euro erhöhen und Tarifverträge leichter für allgemeinverbindlich erklären. Zusätzlich zu guten Löhnen brauchen wir soziale Garantien wie eine sanktionsfreie individuelle Mindestsicherung von derzeit 1.200 Euro und eine armutsfeste Kindergrundsicherung. Dazu kommt eine gute soziale Infrastruktur mit einer starken Kinder- und Jugendhilfe und öffentlichen Angeboten wie gebührenfreiem oder kostengünstigem ÖPNV, Kinder- und Jugendfreizeiteinrichtungen, Musikschulen, Bibliotheken und kostenlosem Kita- und Schulesen. Wir fordern eine Ausbildungsgarantie für alle Jugendlichen und eine Umlagefinanzierung, an der sich alle Betriebe beteiligen. Das Recht auf Weiterbildung muss gesetzlich gesichert werden. Um soziale Teilhabe zu sichern und Armut zu bekämpfen müssen öffentliche und gemeinnützige Einrichtungen wieder deutlich gestärkt und die Profitorientierung in der Gesellschaft zurückgedrängt werden. Öffentlich geförderte Wohnungen sollen dauerhaft sozial gebunden bleiben, privatwirtschaftliche Krankenhäuser und Pflegeeinrichtungen müssen wieder gemeinnützig werden.

Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten setzen uns dafür ein, Initiativen in Form von Aufstiegspatenschaften einzubinden, um Kindern und Jugendlichen aus bildungsfernen Elternhäusern zu helfen, den eigenen Weg zu beruflichen Bildungsabschlüssen oder an die Hochschule zu gehen. Durch die Beratung und Unterstützung für die eigenen Lebens- auf Aufstiegspläne kann vor allem Jugendlichen aus nichtakademischen Elternhäusern der Weg an die Hochschule geebnet werden. Darüber hinaus wollen wir Freie Demokraten ein Kinderchancengeld. Es besteht aus: Grundbetrag, Flexibetrag und nichtmateriellem Chancenpaket. Die Angebote für bessere Chancen, Bildung und Teilhabe werden ausgeweitet und können von Kindern und Jugendlichen selbstständig über ein Kinderchancenportal kinderleicht abgerufen werden. Das Kinderchancengeld ist einfach, digital und ermöglicht echte Aufstiegschancen.

Wir Freie Demokraten wollen das Liberale Bürgergeld. Wir wollen steuerfinanzierte Sozialleistungen wie das Arbeitslosengeld II, die Grundsicherung im Alter, die Hilfe zum Lebensunterhalt oder das Wohngeld in einer Leistung und an einer staatlichen Stelle zusammenfassen, auch im Sinne einer negativen Einkommensteuer. Selbst verdientes Einkommen soll geringer als heute angerechnet werden. So möchten wir das Steuer- und Sozialsystem verbinden. Die Grundsicherung muss unbürokratischer, würdewahrender, leistungsgerechter, digitaler und vor allem chancenorientierter werden. Daneben sollte der Passiv-Aktiv-Tausch weiterentwickelt werden, bei dem Gelder, die eine Leistungsempfängerin oder ein Leistungsempfänger erhält, in Lohnkostenzuschüsse für einen sozialversicherungspflichtigen Arbeitsplatz umgewandelt werden können.

Antwort der SPD

Wir setzen auf solidarische Lösungen, gezielte Förderung, den Schutz vor der Ausgrenzung sowie notwendige Unterstützung. Dazu wollen wir eine neue Kindergrundsicherung mit inkludiertem Zugang zur Infrastruktur und einer existenzsichernden Geldleistung.

Das neue Kindergeld wird nach dem Einkommen der Familie gestaffelt – je höher der Unterstützungsbedarf, desto höher das Kindergeld. Zudem wollen wir ein neues Bürgergeld einführen, das für ein Leben in Würde ausreicht und zur gesellschaftlichen Teilhabe befähigt. Das Ziel ist, die hilfsbedürftige Lebenslage zu überwinden und eine Beschäftigung und, falls erforderlich, eine Qualifizierung und Weiterbildung zu ermöglichen. In der Pflege wollen wir zunächst die Eigenanteile deckeln und mittelfristig eine Pflegevollversicherung einführen, die die Kosten für die ambulante und stationäre Pflege übernimmt. Im Gesundheitswesen setzen wir auf eine Bürgersicherung (statt auf ein Zweiklassensystem), auf bedarfsgerechte Planung und integrierte Versorgung, die sich an dem Wohl der Patient*innen und nicht am Gewinn orientiert.

VII Europa

Die AWO setzt sich für ein soziales, solidarisches und nachhaltiges Europa ein, welches die demokratischen Prinzipien durchsetzt und eine starke Zivilgesellschaft fördert. Die Folgen der Corona-Pandemie und die damit einhergehende zunehmende Armut sowie die Herausforderungen des Klimawandels und der digitalen Transformation erfordern europäische

Lösungen. Bei der Bewältigung dieser Herausforderungen spielen die vielfältigen sozialen Dienstleistungen der gemeinnützigen Sozialwirtschaft eine bedeutende Rolle, nicht zuletzt durch deren Beitrag zur Umsetzung der Europäischen Säule Sozialer Rechte und die Durchführung von EU-Förderprogrammen.

? Wie plant Ihre Partei das soziale und nachhaltige Europa zu stärken, die Grundsätze der ESSR umzusetzen, die gemeinnützige Sozialwirtschaft EU-weit zu fördern sowie die partnerschaftliche Entwicklung und Umsetzung von EU-Förderprogrammen und den Zugang zu EU-Fördermitteln zu verbessern?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Wir GRÜNE wollen einen ehrgeizigen Green Deal im Rahmen einer sozial-ökologischen Marktwirtschaft im Sinne des Gemeinwohls in Europa, die Wohlstand mit Nachhaltigkeit und Gerechtigkeit versöhnt und den Menschen dient. Hierzu verstetigen wir das Wiederaufbauinstrument durch ein Investitions- und Stabilitätsinstrument und stärken den Just Transition Fund. Ein neuer Stabilitäts- und Wachstumspakt soll auch öffentliche Daseinsfürsorge, gute Gesundheitsversorgung und Bildung weiter stärken. Soziale Rechte sollen den gleichen Stellenwert wie wirtschaftliche Freiheiten erhalten. Wir wollen eine Grundsicherungsrichtlinie mit sozialen Mindeststandards, Mindestlöhne und ein dauerhaftes Kurzarbeitsprogramm. Eine Arbeitslosenrückversicherung, ein Verbandsklagerecht, eine EU-Sozialversicherungs-Nr. und eine Richtlinie für Lohngleichheit schaffen mehr Stabilität, Sicherheit und Gerechtigkeit. Wir wollen eine vereinfachte, direktere Vergabe von EU-Mitteln und inklusive Reformen von EU-Programmen.

Antwort der CDU/CSU

Im Rahmen der „Europäischen Säule sozialer Rechte“ sollen die Mitgliedstaaten dabei unterstützt werden, insbesondere global agierende Konzerne stärker in die soziale Verantwortung zu nehmen und Strukturen von Sozialpartnerschaften zu schaffen und auszubauen. Denn gerechte Löhne entstehen nur durch Tarifverträge, die von den Sozialpartnern der Mitgliedstaaten ausgehandelt werden. Die Europäischen Strukturfonds sind der größte Ausdruck der Solidargemeinschaft. Sie stärken benachteiligte Regionen und sind gemeinsam mit sozialen Mindeststandards und Entsendegesetzgebung die Eckpunkte des Sozialen Europas. Wir wollen den Europäischen Sozialfonds stärken und so erfolgreiche Pilotprojekte (Einführung dualer Berufsbildungsstrukturen, bedarfsorientierte Umschulungen etc.) als Benchmarks in den Regionen umsetzen helfen. CDU und CSU stehen dafür, dass sich die EU auf Grundstandards bei Arbeitnehmerrechten sowie Gesundheits-, Umwelt- und Verbraucherschutzstandards konzentriert. Eine europäische Arbeitslosen-, Renten- oder Gesundheitsversicherung lehnen wir ab. Die sozialen Sicherungssysteme sind in der Zuständigkeit der Mitgliedstaaten.

Wir wollen die Anerkennung von Berufsqualifikationen vereinfachen und die Portabilität von betrieblicher Altersvorsorge zwischen EU-Mitgliedstaaten verbessern, um die Arbeitnehmermobilität weiter zu fördern.

Antwort von DIE LINKE.

DIE LINKE fordert einen EU-weiten grundlegenden Strukturwandel der Wirtschaft, der sicherstellt, dass Umwelt- und Klimaziele sozialverträglich umgesetzt werden. DIE LINKE kämpft für die Überführung der Grundsätze der ESSR in verbindliche Regeln. Als erster Schritt muss die Mindestlohn-Richtlinie schleunigst eingeführt werden. DIE LINKE fordert EU-weit gesetzliche Mindestlöhne von mindestens 60 % der jeweiligen mittleren Löhne in den EU-Staaten sowie weitergehende Mindestregelungen zum Schutz von Tarifverträgen, Arbeits- und Sozialstandards und Mitbestimmungsrechten. Unbedingt nötig sind grundlegende Reformen der EU-Binnenmarktregeln. DIE LINKE fordert die Einführung einer sozialen Fortschrittsklausel, um sozial- und arbeitsmarktpolitischen Initiativen Vorrang vor den Marktfreiheiten zu garantieren. Die im Wiederaufbauinstrument NGEU vorgesehenen Investitionen für den ökologischen (und sozialen) Umbau müssen verstetigt und in gestärkte und reformierte Strukturfonds überführt werden: Makro-ökonomische Auflagen müssen gestrichen, die demokratische Kontrolle über die Fonds auf EU- und nationaler Ebene muss gestärkt werden.

Antwort der FDP

Wir Freie Demokraten wollen eine Neuaufstellung der europäischen Kohäsions- und Innovationspolitik. Bewährte Instrumente wie „Horizon 2020“ oder auch die Europäische Investitionsbank wollen wir schlagkräftiger machen. Die europäische Innovationspolitik soll gezielt schwächeren Regionen zugutekommen, um dort ineffiziente Strukturen zu überwinden. Dabei muss das europäische Prinzip gelten: Der Erfolg der Starken fördert das Aufholen der Schwächeren. Gemeinsame Maßnahmen zur Überwindung der schwersten Wirtschaftskrise nach dem Zweiten Weltkrieg sind für uns Teil des Friedensprojekts der europäischen Einigung. Die wirtschaftliche Erholung aller Mitgliedstaaten muss ein zentrales Ziel der europäischen Politik sein.

Antwort der SPD

Die SPD steht für ein solidarisches Europa, das sozial-ökologisch wirtschaftet. Daher werden wir den Stabilitäts- und Wachstumspakt zu einem Nachhaltigkeitspakt weiterentwickeln. Aus dem Wiederaufbaufonds muss ein dauerhafter Integrationsfortschritt werden, um die EU zu einer echten Sozialunion weiterzuentwickeln. Wir wollen die Arbeits- und Lebensbedingungen in ganz Europa verbessern und die europäische Säule sozialer Rechte konsequent umsetzen. Entscheidend ist, dass alle Arbeitnehmer*innen von ihrer Arbeit gut leben können. Zur angemessenen sozialen Absicherung setzen wir uns für europäische Mindeststandards bei den nationalen Grundversicherungssystemen ein.

Wichtig ist zudem die Bekämpfung von Kinderarmut und die Umsetzung der Europäischen Kindergarantie. Wir werden die europäische Jugendgarantie weiter stärken und jungen Menschen eine Perspektive bieten.

Auf der Projekt-Ebene werden wir uns für langfristige Projekte einsetzen, die über die Staatsgrenzen hinaus, gemeinsam durch die Wohlfahrtsverbände und gemeinnützige Organisationen in der EU durchgeführt werden.

VIII Engagement und Ehrenamt

Engagement und gelebte Demokratie hängen zusammen. Alle Menschen sollen die Möglichkeit haben, sich aktiv einzubringen, neues zu lernen und gemeinsamen mit anderen das Leben vor Ort ein Stück besser zu machen. Die

Corona-Pandemie hat eindrucksvoll gezeigt, was Engagierte in einer Krisensituation zu leisten vermögen. Sie hat aber auch gezeigt, dass zivilgesellschaftliche Organisationen verletzbar sind und Förderung benötigen.

? Wie wird Ihre Partei sicherstellen, dass die Engagementinfrastruktur der Vereine, Freiwilligenagenturen oder Mehrgenerationenhäuser langfristig und angemessen finanziert wird und sich mehr Menschen unabhängig von ihrem Bildungshintergrund, ihrer Herkunft oder Einkommenssituation engagieren können?

Antwort von BÜNDNIS/90 DIE GRÜNEN

Engagement und Ehrenamt stützen unsere Gesellschaft auf vielfältige Weise. Die Aufgabe des Staates ist es, Engagement und Ehrenamt zu ermöglichen, zu fördern und zu stärken. Dazu gehören zunehmend auch digitale Formen des Ehrenamtes, denn sie ermöglichen Vernetzung bei weiten Entfernungen oder wenn dem physischen Engagement anderes im Wege steht. Dafür wollen wir GRÜNE die bürokratischen Hürden für Engagement ab- und Bildungsangebote für Engagierte ausbauen sowie die Förderpolitik neu aufstellen. Die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt wollen wir zu einer echten Förderstiftung weiterentwickeln, die lokal und dezentral Organisationen unterstützt. Zusammen mit Ländern und Kommunen wollen wir eine Engagementkarte einführen, um den Besuch von Schwimmbädern und Kultureinrichtungen oder die Nutzung von ÖPNV zu vergünstigen. Die Übungsleiter- und Ehrenamtszuschale wollen wir sukzessive angleichen. Mit einem Demokratiefördergesetz könnte der Bund langfristig Projekte demokratiebelebender Initiativen und Organisationen nachhaltig, projektunabhängig und unbürokratisch finanziell absichern.

Antwort der CDU/CSU

Wie keine anderen Parteien haben CDU und CSU das Ehrenamt in unserem Land gefördert. Zur weiteren Stärkung von Vereinen und ehrenamtlicher Arbeit haben wir uns auf weitere Steuervergünstigungen in Höhe von jährlich 100 Millionen Euro verständigt. Bürgerschaftliches, freiwilliges und ehrenamtliches Engagement ist eine der wesentlichen Grundlagen des gesellschaftlichen Zusammenhalts.

Wir haben zusätzlich neue Formate – wie etwa die Mehrgenerationenhäuser, den Bundesfreiwilligendienst und die Deutsche Stiftung für Engagement und Ehrenamt – ins Leben gerufen. Der Erfolg spricht für sich: Heute engagiert sich fast jede dritte Person ab 17 Jahren ehrenamtlich. In der neuen Legislaturperiode werden wir die Einrichtung von Anlaufstellen für das Ehrenamt in Kreisen und Gemeinden für mehr Beratung, Vernetzung und Qualifizierung flankierend begleiten.

Der Bundesfreiwilligendienst soll attraktiver werden – etwa durch die Anpassung des Taschengelds, eine breite Angebotsauswahl, die Verbesserung der Qualität der Angebote und einen Rechtsanspruch. Zugleich wollen wir mehr Seniorinnen und Senioren, Menschen mit Zuwanderungsgeschichte und Menschen mit Behinderung für das Ehrenamt gewinnen.

Antwort von DIE LINKE.

Wir wollen die Strukturen ausbauen und finanziell absichern, die freiwillig engagierte Menschen unterstützen. Die Grundlage für eine langfristig sichere Finanzierung ist eine sozial gerechte Steuerpolitik. Deswegen setzt sich DIE LINKE für die Wiedereinführung der Vermögensteuer, eine höhere Erbschaftssteuer und höhere Einkommensteuern auf sehr hohe Einkommen ein – Einkommen bis 6.500 Euro wollen wir dagegen entlasten. Die Rechtssicherheit für zivilgesellschaftliche Organisationen wollen wir deutlich erhöhen, insbesondere im Steuerrecht. Wir setzen uns für eine Änderung des Gemeinnützigkeitsrechts ein, so dass die Arbeit kleiner Vereine erleichtert wird und die politische Willensbildung durch zivilgesellschaftliche Organisationen den angemessenen Rechtsrahmen erhält. Um die Anerkennung von freiwilligem Engagement zu verbessern wollen wir zusammen mit den Ländern und Kommunen einen bundesweit einheitlichen Freiwilligenpass schaffen, der Vergünstigungen und kostenlose Nutzung von Freizeit-, Kultur-, und Bildungseinrichtungen ermöglicht. Wir unterstützen die Forderung vieler Freiwilligendienstleistender nach freier Fahrt für Freiwilligendienstleistende im ÖPNV. Erworbene Qualifikationen von Engagierten müssen besser anerkannt werden wie zum Beispiel für Ausbildung und Studium.

Antwort der FDP

Ehrenamt ist mehr als nur Freizeit. Das freiwillige Engagement tausender Bürgerinnen und Bürger ermöglicht Millionen von Menschen freie Entfaltung, Selbstwirksamkeit und vor allem Kindern und Jugendlichen wertvolle Lernprozesse. Es bringt Menschen unabhängig ihres sozialen und kulturellen Hintergrundes zusammen, stiftet Gemeinschaft und fördert Toleranz. Deshalb wollen wir Freie Demokraten das Ehrenamt von Bürokratie und möglichen Haftungsrisiken entlasten. Den Zugang zu neuen digitalen Lösungen für Vereine wollen wir vereinfachen, etwa in den Bereichen Akquise und Verwaltung. Bei unserem Konzept des elternunabhängigen Baukasten-BAföG, sollen 200 Euro bei ehrenamtlichem Engagement oder Nebentätigkeiten als Zuschuss gewährt werden. Zudem wollen wir die Übungsleiter- und Ehrenamtspauschale angemessen erhöhen. Den Bundesfreiwilligendienst (BFD)

wollen wir ebenfalls attraktiver machen. Dazu fordern wir ein mit dem Freiwilligen Wehrdienst vergleichbares Entgelt, die Eröffnung von Teilzeitmodellen für den BFD, die Öffnung für neue Zielgruppen sowie die weitere Stärkung des Freiwilligen Digitalen Jahres.

Antwort der SPD

Millionen Bürger*innen engagieren sich ehrenamtlich in Kirchen, Vereinen, Organisationen. Mit ihrer Arbeit tragen sie dazu bei, dass unser Gemeinwesen funktioniert. Dieses zivilgesellschaftliche Engagement ist für uns unverzichtbar. Wir werden es daher weiter unterstützen. Wir werden Arbeitnehmer*innen verstärkt in die Lage versetzen, ihren gesetzlichen Bildungsurlaub zu nutzen, um sich einfacher für ihr ehrenamtliches Engagement freistellen zu lassen.

Mit einem Bundesprogramm „Gemeindehaus 2.0“ werden wir aufbauend auf dem Netz der Mehrgenerationenhäuser noch mehr Angebote unter einem Dach bündeln: außerschulische Bildung, Sport, Kultur und Jugendarbeit, Netzwerke für den Kinderschutz, barrierefreie digitale Infrastruktur.

Zu einer lebendigen Demokratie gehört ein zeitgemäßes Gemeinnützigkeitsrecht. Daher werden wir prüfen, welche weiteren gesellschaftspolitisch bedeutsamen Bereiche in den Katalog gemeinnütziger Zwecke aufgenommen werden können.

